

"Was ohne den Schuman-Plan wäre..." in Le Populaire (11. Dezember 1951)

Legende: Am 11. Dezember 1951 untersucht die französische Tageszeitung Le Populaire, wie sich der europäische Kohle- und Stahlmarkt ohne den Schuman-Plan entwickelt hätte, und erinnert noch einmal an die Grundsätze dieses Plans.

Quelle: Le Populaire. dir. de publ. Naegelen, René. 11.12.1951, n° 8 620; 30e année. Paris: Section Française de l'Internationale Ouvrière (SFIO). "Ce qui se passerait sans le Plan Schuman", auteur:Philip, André , p. 1; 4.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/was_ohne_den_schuman_plan_ware_in_le_populaire_11_dezember_1951-de-df21161b-b5ed-41f6-8490-5c0f761c9543.html



Publication date: 06/07/2016

Was ohne den Schuman-Plan wäre ...

Von André Philip

In meinem letzten Artikel habe ich versucht, die Fragen zu analysieren, welche sich in Frankreich und den anderen Ländern der Gemeinschaft in Bezug auf die Kohle- und die Stahlindustrie stellen. Was würde passieren, wenn nichts unternommen würde, die besagten Industriezweige sich also weiterhin ausschließlich in ihrem jeweiligen nationalen Umfeld entwickeln würden?

Da zunächst jedes Land nach Belieben handeln würde, ist sicher, dass Deutschland sein Privileg als Erzeuger, das ihm durch die Leistungsfähigkeit des Ruhrgebiets beschieden ist, und seine momentanen Vormachtstellung auf den Koksmärkten gebrauchen und sogar missbrauchen würde. Vor nicht allzu langer Zeit haben wir gesehen, dass wir sogar mit der Besetzung durch die Alliierten und der internationalen Ruhrbehörde nicht in der Lage waren, weder das für unsere Kohle- und Stahlindustrie notwendige Koks zu erhalten, noch die Politik der doppelten Preise und der Diskriminierung im Transport zu unterbinden. Diese Politik haben wir übrigens selbst bei Erzeugnissen betrieben, bei denen wir die Vormachtstellung hatten. Angesichts der gegenwärtigen internationalen Entwicklung wird Deutschland unvermeidlich gleichberechtigt an der Seite der anderen europäischen Nationen stehen. Gelingt es jetzt nicht, Deutschland in eine Gemeinschaft zu integrieren, in der es den anderen Ländern gleichgestellt ist und keine Privilegien in Anspruch nehmen kann, dann wird es seinen Koks bevorzugt seinen eigenen Unternehmen liefern, wenn möglich die französische Eisen- und Stahlindustrie ausschalten oder zumindest beim Export eine Preispolitik betreiben, der unsere Metallindustrie zum Opfer fallen wird.

Wenn dann jedes Land macht, was ihm gefällt und den Status quo seiner Industrien durch hohe Zölle für die Eisen- und Stahlindustrie und Kontingentierung für Kohle zu bewahren versucht, dann bedeutet dies die Erhaltung und Erschwerung der bestehenden, unsinnigen Transportsysteme, die Förderung des technischen Status quo, die marginalen, mit hohen Herstellungskosten produzierenden Unternehmen würden durch Zölle am Leben erhalten werden, während besser geführte Unternehmen beachtliche Gewinne durch Differentialrenten erzielen können. Nun wird aber nicht genügend bedacht, dass Zölle oder Kontingentierung heutzutage hauptsächlich kapitalistische Instrumente zur Ausbeutung der Arbeitermassen sind und in Wirklichkeit eine Senkung der Reallöhne der Arbeiter bedeuten. Kontingente und Zölle haben nämlich schließlich einen Anstieg der Produktpreise zur Folge. Dieser Anstieg pflanzt sich in der Produktionskette von oben nach unten fort und geht vom Rohstoff zu den fertigen Erzeugnissen. Wird die Stahlindustrie durch Zölle geschützt, welche ihr die Aufrechterhaltung hoher Preise ermöglichen, dann muss auch die Automobilindustrie geschützt werden, die schon vorab benachteiligt ist, weil sie für ihre Bleche mehr bezahlen muss als ihre Konkurrenten. So würde ein systematischer Protektionismus von einem Industriezweig zum anderen entstehen, eine wahre „Wirtschaftsautarkie“, die Frankreich vom Rest der Welt abschneiden, die Gestehungskosten in die Höhe treiben würde, den technischen Status quo erhalten und so zu einer allgemeinen Verteuerung der Industriepreise führen würde, die eine besonders gefährliche Form der Senkung der Reallöhne darstellt.

Ergänzend sei gesagt, dass eine solche Politik durch den Anstieg der Gestehungskosten in der französischen Industrie unsere Exporte immer schwieriger machen würde und es so zu einem ständigen Ungleichgewicht in der Handelsbilanz und damit unvermeidlich zu einer erneuten Abwertung käme. Dabei wäre die Stahlindustrie für ihr Überleben auf die Möglichkeit von Auslandsexporten angewiesen.

Da gleiche Ursachen auch die gleiche Wirkung haben, besteht kein Zweifel daran, dass die Beibehaltung des Status quo wie bereits zwei Mal zuvor unweigerlich zu einer Organisation der Industrie führen würde, bei der private Interessen eines europäischen Stahlkartells Vorrang hätten. Die Erfahrung hat gezeigt, dass dieses Kartell einen Anstieg der Preise bewirkt und dass Frankreich in den Verhandlungen mit der deutschen Industrie nichts anderes übrig bleiben wird als die ständige und systematische Beschränkung seiner Wettbewerbsfähigkeit und der Marktanteile seiner Industrie.

Gerade weil der Unterausschuss für Industrie der Beratenden Versammlung von Straßburg sich der Ernsthaftigkeit dieser Probleme bewusst war, hat er bereits am 13. Dezember 1949 folgende Prinzipien

aufgestellt, die den Grundstein des späteren Schuman-Plans bildeten. Auf diese Erklärung sei hier hingewiesen. Der Unterausschuss ist der Ansicht, dass

- a) das wirtschaftliche Gleichgewicht der europäischen Stahlindustrie weder durch anarchische Freiheit einzelstaatlichen Handelns, die schnell zur Krise führen würde, noch durch eine Kartellierung, welche die Herstellungskosten steigen ließe, erreicht werden kann, sondern vielmehr durch die Harmonisierung der Produktion und der Investitionen in den Stahlindustrien, die unter der Führung der öffentlichen Hand im Rahmen einer Koordinierung der Produktion und der Gesamtinvestitionen durchgeführt würde;
- b) es dazu der Schaffung einer öffentlichen Stahlbehörde bedarf, in welcher sowohl die Regierungen als auch die Stahlhersteller und -verbraucher vertreten sind. Dieser Behörde würde die Befugnis zur Festlegung der allgemeinen Industriepolitik übertragen, und insbesondere alles, was Investitionen, Produktionsvolumen und Preise angeht;
- c) diese Behörde durch ein Beratungsgremium unterstützt werden müsste, das sich einerseits aus den Herstellern (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) und andererseits aus Vertretern des öffentlichen Interesses und der Stahl verwendenden Industrien zusammensetzt; dieses Gremium sollte die Europäische Behörde in Fragen beraten, die für die betroffene Industrie von allgemeinem Interesse wären.

A.P.